

Wenn nötig Strafanzeige statt Privatdetektiv

Autor(en): **[s.n.]**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Zeitschrift für Sozialhilfe : ZESO**

Band (Jahr): **99 (2002)**

Heft 1

PDF erstellt am: **11.09.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-840306>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Wenn nötig Strafanzeige statt Privatdetektiv

Der Gemeinderat von Ittigen will ab sofort darauf verzichten, SozialhilfeempfängerInnen via Privatdetektiv überwachen zu lassen. Laut einem Bericht des «Bund» von Anfang Januar hat der Gemeinderat damit einen Entscheid der eigenen Fürsorge- und Vormundschaftskommission aus dem Jahr 1999 aufgehoben. Zum Beschluss jener Massnahmen sei es gekommen, weil «im Zusammenhang mit der Ausrichtung von Sozialhilfeleistungen zunehmend Probleme aufgetaucht sind und sich Sozialhilfeempfänger verschie-

dentlich unkooperativ gezeigt haben», hielt der Gemeinderat in einer Medienmitteilung fest. Laut «Bund» setzte der Sozialdienst in dieser Zeit zweimal einen Privatdetektiv ein (vgl. auch ZeSo 10/01). Sollten SozialhilfeempfängerInnen den zuständigen Stellen inskünftig notwendige Informationen vorenthalten, so werde mittels Strafanzeige gegen sie ermittelt, teilte der Gemeinderat weiter mit. «Fälle von unkooperativem Verhalten werden weiterhin nicht geduldet und geahndet.» *Bund/gem*

Freiwilligenarbeit: Hinter den Kulissen geht's weiter

In einem Bilanz-Gespräch mit der Zeitung «Der Bund» zum Abschluss des Uno-Jahrs der Freiwilligen blickt Judith Stamm auf ein «spannendes, intensives Jahr» zurück: «Ich glaube, es ist uns gelungen aufzuzeigen, wie viel freiwillige und ehrenamtliche Arbeit in der Schweiz geleistet wird und wie vielfältig diese ist.» Die ehemalige Nationalratspräsidentin präsidierte im letzten Jahr eine Gruppe von 140 Organisationen, die sich für die Aufwertung der Freiwilligenarbeit einsetzt. So ist Stamm zuversichtlich, was den Einsatz Freiwilliger für «zeitlich absehbare Projekte» angeht: Dafür würden sich stets Leute finden. «Wichtig ist, dass die Arbeit attraktiv ist.» Allerdings sei es nicht gelungen,

die Geldfrage zu thematisieren, sagte Stamm – dank dem Uno-Jahr sei hingegen die Einführung eines nationalen Sozialzeitausweises vorangekommen: Damit können Freiwillige ihr Engagement dokumentieren lassen. Für den im Januar erscheinenden Ausweis würden bereits 25'000 Bestellungen vorliegen. Hinter den Kulissen werde die Arbeit auch im neuen Jahr weitergeführt, versicherte Judith Stamm: Das Migros-Kulturprozent setze sich weiter ein für die Freiwilligenarbeit in der Wirtschaft, ebenso die von ihr präsidierte Schweizerische Gemeinnützige Gesellschaft. Unter anderem würden die politischen Forderungen nach Bonussystem und Steuerabzug weiterverfolgt. *Bund/gem*

An dieser Nummer haben mitgearbeitet:

- Charlotte Alfrev-Bieri (cab), Redaktorin ZeSo, Langnau i/E
- Helena Durtschi, Theologin und Freie Journalistin, z.Zt. in Ergänzungsausbildung zur Sozialarbeiterin FH an der Fachhochschule Brugg
- Markus Felber, Dr. iur., Bundesgerichtskorrespondent, Kägiswil
- Gerlind Martin (gem), Freie Journalistin, Bern